



**ABFSchweiz**

Aktionsbündnis freie Schweiz

# Schweizer Souveränität in Gefahr

*Wie der WHO-Pandemievertrag und die ergänzten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) eine globale Gesundheitsdiktatur besiegeln. Oder: die geplante Aushebelung der nationalen Souveränität der WHO-Mitgliedstaaten.*

## Warum ein Pandemievertrag?

Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation/WHO) ist die für die globale, öffentliche Gesundheit zuständige Organisation der Vereinten Nationen (United Nations/UN). Ihr Ziel ist es, «die weltweiten Bemühungen um die Ausweitung der allgemeinen Gesundheitsversorgung anzuführen und die Reaktion der Welt auf gesundheitliche Notfälle zu koordinieren».

Der WHO gehören 194 Mitgliedstaaten an, deren Zuständigkeiten in den 1969 verkündeten und 2005 geänderten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV oder in Englisch: International Health Regulations/IHR) festgelegt sind. Die Schweiz hat die IGV im Jahr 2007 angenommen. Diese Vorschriften sind rechtlich nicht bindend und dienen eher als Orientierungshilfe denn als einklagbares Mandat. Nach dem Ereignis von Covid-19 soll sich dies jedoch ändern.

Derzeit wird ein neues, internationales und rechtsverbindliches Instrument zur Stärkung der Pandemieprävention, -vorbereitung und -reaktion entwickelt. Dies geschieht als Reaktion auf die Forderung einiger Mitgliedsstaaten, allen voran der EU-Kommission, nach einer wirksameren globalen Zusammenarbeit zum Schutz der Länder vor gesundheitlichen Notfällen.

Dieser Prozess wurde Ende 2021 auf einer Sondertagung des Leitungsgremiums der WHO, der Weltgesundheitsversammlung (World Health Assembly/WHA), in Genf eingeleitet.

Ein Aspekt dieses Prozesses ist die Änderung der IGV, die völkerrechtlich durchsetzbar werden soll. Ein weiterer Aspekt ist der Entwurf eines Pandemievertrages, auch bekannt als CA+ (CA bedeutet Convention Agreement).

Im Pandemievertrag werden die Zuständigkeiten für Finanzierung, Verwaltung und Versorgungsnetze im Falle künftiger Krankheitsausbrüche und anderer Notfälle (beispielsweise Klima) im Bereich der öffentlichen Gesundheit beschrieben.

Für die Arbeiten an den Verhandlungen wurde ein zwischenstaatliches Verhandlungsgremium (Intergovernmental Negotiation Body/IGB) eingesetzt. Die Verhandlungen laufen weitgehend geheim ab. Der Bundesrat hat bislang noch nicht bekundet, das Parlament in den Verhandlungs- und Ratifizierungsprozess einzubeziehen.

Auf die bisherigen Anfragen an die Bundesregierung bzw. den Bundesrat zum Inhalt und zur Zielsetzung der WHO-Reform wurden den jeweiligen Parlamentariern keine aussagekräftigen Informationen erteilt.

## Was steht im Pandemievertrag?

Der Pandemievertrag überträgt unwiderruflich grundlegende politische Gestaltungs- und Entscheidungsbefugnisse von den Regierungen auf die WHO und unterstellt damit alle Aspekte des menschlichen Lebens unter die Kontrolle der WHO.



## **Für unterzeichnende Regierungen rechtlich bindend sind:**

- Entscheidungen darüber, wann eine Pandemie und der Notfallstatus ausgerufen werden, ohne einen Nachweis zu erbringen.
- Entscheidungen darüber, was als Wissenschaft und was als nicht wissenschaftlich gilt.
- Entscheidungen über Anzahl und Häufigkeit der Impfungen zur Erreichung eines «vollständigen Impfstatus».
- Entscheidungen über Absperrungen, soziale Distanzierung, Masken und andere restriktive Massnahmen.
- Entscheidungen über erlaubte und nicht erlaubte Diagnose- und Testverfahren.
- Entscheidungen über obligatorische Quarantäne- und Isolationsregeln.
- Entscheidungen über die obligatorisch Verwendung von Zertifikaten und Gesundheitspässen.
- Entscheidungen darüber, welche Behandlungsprotokolle angewendet werden müssen und welche nicht.
- Entscheidungen darüber, welche Impfstoffe oder anderen Stoffe dem Menschen injiziert werden müssen und welche nicht.
- Entscheidungen über Pflichtimpfungen für jeden Menschen.
- Entscheidungen über das Ausmass der Impfungen (Durchimpfquote) in der Bevölkerung zur Erreichung des «Herdenimmunitätsstatus» (in der Coronapandemie wurden 70% der Bevölkerung angestrebt).
- Entscheidungen über die Bewegungsfreiheit eines jeden Menschen: geographischer Radius, Zugang zu Gesundheitsdiensten etc.
- Zugang zur Arbeit, Zugang zum sozialen Leben, Zugang zu Grundbedürfnissen (Supermarkt usw.).
- Festlegung der Kommunikationspolitik, die von allen Regierungen, Medien und Kanälen befolgt werden muss, sowie Richtlinien darüber, was «Information» ist, die gefördert werden soll, und was «Desinformation» ist, die unterdrückt werden soll (Zensur).

dert werden soll, und was «Desinformation» ist, die unterdrückt werden soll (Zensur).

- Anweisungen an die Gesundheitsbehörden der Regierungen, alle Beschlüsse des WHO-Leitungsgremiums vor Ort in Zusammenarbeit mit allen staatlichen Stellen, dem Privatsektor, den Medien, der Zivilgesellschaft usw.
- Die Einhaltung des Pandemievertrages sowie die Beschlüsse und Anweisungen des WHO-Leitungsgremiums durch die Regierungen zu überwachen.
- Sanktionen und Disziplinar massnahmen gegen Regierungen im Falle der Nichteinhaltung.

## **Was bedeutet das?**

Der Pandemievertrag umgeht die traditionelle Legislative, Judikative und Exekutive der Regierungen und untergräbt die Souveränität der WHO-Mitgliedsstaaten und ihrer Bürger.

Hauptnutznießer des Pandemievertrages und der IGV sind die Anteilseigner des pharmazeutisch-industriellen Komplexes, in den die öffentlichen Gelder (Steuergelder) fließen.

Die Bestimmungen des Pandemievertrages verankern eine totalitäre Kontrolle der weltweiten Kommunikationspolitik bei der WHO. Sie hat die alleinige Entscheidungsgewalt darüber, was zu fördernde Informationen sind und was Falsch- und Desinformation ist, die aktiv unterdrückt werden muss (Zensur).

**Im Mai 2024 soll der Vertrag auf der 77. Weltgesundheitsversammlung in Genf (World Health Assembly/WHA) angenommen werden.**

**Es bedarf einer 2/3-Mehrheit der Mitgliedsstaaten und der Vertrag muss ausdrücklich von jedem der 194 Mitgliedsländer innerhalb von 18 Monaten aktiv ratifiziert werden (bis November 2025), bevor er auf Staatsgebiet in Kraft treten kann.**



## Worum geht es bei den Ergänzungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften?

Die vorgeschlagenen Änderungen zielen darauf ab, einige sehr wichtige Aspekte der bestehenden Verordnungen zu streichen:

- Die Achtung von Würde, Menschenrechten und Grundfreiheiten soll ersetzt werden durch das Prinzip «Equity» und «Inclusivity», was nur so verstanden werden kann wie: «gleiche Medikamente und gleiche Massnahmen für alle».
- Die IGV sollen von «unverbindlich» zu «rechtsverbindlich» umdeklariert werden. Die Länder sollen die neuen Regelungen in ihre nationalen Gesetze integrieren.
- Im Wesentlichen würde der Notfallausschuss der WHO die Befugnis erhalten, Massnahmen souveräner Nationen zu überstimmen.

Während die vorgeschlagenen Änderungen der IGV einige sehr wichtige Rechte und Freiheiten streichen, zielt der Grossteil des Dokuments auf die Aufnahme einer neuen Sprache (Neusprech), die der WHO neue (quasi diktatorische) Befugnisse verleiht.

Die vorgeschlagenen Änderungen sehen vor, dass die Weltgemeinschaft die WHO als leitende und koordinierende Behörde bei internationalen Notfällen anerkennt.

### Themenbereiche der ergänzten IGV:

- Erweitertes, freies Ermessen des Generalsekretärs der WHO zur Ausrufung einer Pandemie oder einer potentiellen Pandemie ohne Nachweis und Rechtskontrolle, auch nicht für die Nation, für die sie ausgerufen wird.
- Aufhebung wirksamer Schutzmechanismen (Grundrechte) des Individuums in Zeiten vermeintlicher Pandemien.
- Unfehlbarkeitsprivileg der WHO zur Durchsetzung einer universellen Wahrheit im gesamten Bereich der Pandemievorsorge und Bekämpfung dieser (inkl. Zensur).
- Konsequente Verweigerung jeder unab-

hängigen Qualitätskontrolle sowohl für die Vergangenheit (Covid-19) als auch für die Zukunft.

- Verpflichtung der «entwickelten» Länder, die Entwicklungsländer bei der Umsetzung der WHO-Massnahmen vor allem finanziell zu unterstützen.

Das heisst, die uneingeschränkte Macht der WHO herrscht über staatliche Souveränität und über persönliche Selbstbestimmung in Kernfragen der eigenen Existenz (des Persönlichkeitsrechts) und zwar auf unbestimmte Dauer. Zudem handelt es sich um eine fundamentale Verfassungsänderung (Totalrevision) ohne verfassungsgebende Gewalt. Die nächsten Treffen der Working Group IHR (WGIHR) finden im Oktober und

Auch die IVG sollen im Mai 2024 zur Abstimmung kommen. Es reicht die einfache Mehrheit der Mitgliedsstaaten. Wird eine Annahme der IGV nicht innerhalb von 10 Monaten zurückgewiesen, gelten sie für das Mitgliedsland als angenommen und müssen umgesetzt werden (sog. Soft Law).

Das bedeutet: Selbst wenn der/die Schweizer Vertreter auf der WHA im nächsten Mai die IGV ablehnen oder sich enthalten würden (beides eher unwahrscheinlich), würden sie für die Schweiz verbindlich werden. Dies wäre auch bei einer Annahme durch einfache Mehrheit der anderen Mitglieder der Fall, wenn nicht aktiv innerhalb von 10 Monaten widersprochen würde.

Dezember 2023 statt, wohl wieder unbenutzt von der Öffentlichkeit, ebenso wie die Treffen des Verhandlungsgremiums zum Pandemievertrag.



## Welche Bedenken ergeben sich aus Sicht des Schweizer Souveräns zu diesen beiden Vorhaben?

Zusammengefasst ergeben sich folgende schwerwiegende Bedenken hinsichtlich der Diskussionen um den Pandemievertrag und die ergänzten IGV:

- Das Engagement der Schweizer Regierung für die nationale Souveränität und den demokratischen Prozess war bislang mangelhaft. Dies führt zu einem Vertrauensverlust in die Regierung.
- Die WHO beabsichtigt ihre Kontrolle zu zentralisieren. Damit anerkennt sie die Subsidiarität, die Debatte und die lokale Entscheidungsfindung nicht, die zentrale Bestandteile der Funktionsweise der Schweizer Eidgenossenschaft sind.
- Bedenken beziehen sich auf die Führung der WHO, die nicht demokratisch legitimiert ist und einflussreiche Partner hat. Ihre private und freiwillige Finanzierung liegt bei 84%, wobei keine Rechenschaftspflicht gegenüber den WHO-Mitgliedstaaten besteht.
- Die WHO wird in eine internationale Behörde mit eigener Rechtspersönlichkeit umgewandelt, einschliesslich umfassender Überwachungs- und Sanktionsmechanismen. Dies wird potenziell unberechenbare Auswirkungen haben.
- Bedenken hinsichtlich der mangelnden Bereitschaft der WHO, ihre Versäumnisse während der Pandemiezeit einzuräumen und Konsequenzen daraus zu ziehen.

## Regierung und Schweizer Institutionen sind unter massivem Druck verschiedener Interessensvertreter. Das Volk muss seinen Willen gegen die Aufhebung seiner Rechte bekunden.

Unsere dringlichste Aufgabe muss es daher sein, unser Umfeld, also unsere Familien, Kollegen, Freunde und Bekannte zu informieren, solange das medial überhaupt noch möglich ist. Von den Mainstreammedien, die auch ein Totalausfall im WHO- und Pandemieumfeld sind, können wir es nicht erwarten.

Dr. Heike Wiegand  
Baar (ZG), September 2023

## Originalquellen zum Nachlesen

Article-by-Article Compilation of Proposed Amendments to the International Health Regulations (2005) submitted in accordance with decision WHA75(9) (2022): [https://apps.who.int/gb/wgihr/pdf\\_files/wgihr1/WGIHR\\_Compilation-en.pdf](https://apps.who.int/gb/wgihr/pdf_files/wgihr1/WGIHR_Compilation-en.pdf)

Bureau's text of the WHO convention, agreement or other international instrument on pandemic prevention, preparedness and response (WHO CA+): [https://apps.who.int/gb/inb/pdf\\_files/inb5/A\\_INB5\\_6-en.pdf](https://apps.who.int/gb/inb/pdf_files/inb5/A_INB5_6-en.pdf)

## Unterstützen Sie uns

Für den Aufbau einer starken Bündnisarbeit sind wir auf umfangreiche finanzielle Beiträge angewiesen. Diese helfen uns, Aktionen und Massnahmen durchzuführen. Kontaktieren Sie uns gerne bei Fragen und für weitere Informationen.

Besten Dank.